

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion der FDP

Humanitäres Willkommen für Kriegsflüchtlinge als gesamtstaatliche Aufgabe – nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf die souveräne Ukraine

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Bund wird aufgefordert,

- Länder und Kommunen bei dieser gesamtstaatlichen Aufgabe personell, sächlich und finanziell zu unterstützen.
- verbindliche Vorgaben zur Registrierung und gesamtdeutschen Verteilung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu machen und durchzusetzen,
- die Kosten der Registrierung, Unterbringung und Versorgung der Kriegsflüchtlinge zu übernehmen,

Der Bund muss diese Aufgabe koordinieren, steuern und als gesamtstaatliche nationale Aufgabe umsetzen. Die traumatisierten Kriegsflüchtlinge müssen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, unter allen Umständen angemessen untergebracht und versorgt werden und eine rechtliche Aufenthaltsperspektive erhalten.

Begründung:

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins gegen die souveräne Ukraine dauert an. Putin belagert und zerbombt Großstädte. Es werden Angriffe auf zivile Einrichtungen und flüchtende Menschen gemeldet. Putin weitet seine Angriffe aus. Die Bombardierungen und Raketenangriffe westukrainischer grenznaher Städte und Anlagen lassen keinen Zweifel am Kalkül. Mindestens billigend wird in Kauf genommen, dass auch die Kriegsflüchtlinge aus der gesamten Ukraine, die bisher auf ihrer Flucht vor Bomben und Raketen auf das Verlassen der Ukraine in europäische Nachbarländer verzichtet haben und sich in westukrainischen Städten zumindest in relativer Sicherheit glaubten, nun über die Grenzen fliehen werden. Es erscheint wahrscheinlich, dass sich die nachvollziehbare Massenflucht vor Krieg und Terror – auch durch die etwaige Öffnung von Korridoren – zur größten europäischen Fluchtbewegung seit dem 2.

Weltkrieg anwächst. Prognosen sprechen von bis zu 10 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Bereits jetzt sind fast 3 Millionen Menschen geflohen, fast zwei Millionen sind allein in Polen angekommen, 150.000 in Deutschland registriert.

Neben den wichtigen militärstrategischen und -taktischen Überlegungen auf europäischer und internationaler Ebene, neben den wichtigen Fragen politischen und wirtschaftlichen Drucks und den damit auch zusammenhängenden wichtigen Fragen energiepolitischer Unabhängigkeit ist der humanitäre Umgang mit den Millionen Menschen auf der Flucht nicht nur aus unserem menschlichen Selbstverständnis gleichbedeutend. Putin lässt keinen Zweifel daran, dass diese Frage auch militärpolitische und gesamtpolitische Bedeutung hat. Europa und allen voran die Bundesrepublik darf keinerlei Zweifel daran lassen, dass die Kriegsflüchtlinge hier nicht nur willkommen sind. Alle Länder Europas sind aufgefordert, gleichermaßen und solidarisch sicherzustellen, dass diese Menschen hier angemessen untergebracht, versorgt und integriert werden. Weder dürfen europäische Länder, gemessen an ihren Möglichkeiten, überfordert werden. Noch dürfen einzelne deutsche Länder oder Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe überlastet werden. Es wäre neben einem humanitären Versagen Europas auch ein Zeichen des Versagens der Bundesrepublik insgesamt und Wasser auf die abscheulichen Mühlen der Kriegspropaganda Putins.

In der Bundesrepublik ist Berlin wichtigster Ankunftsort der Kriegsflüchtlinge, insbesondere von Frauen und Kindern. Rund um die Uhr kommen täglich über 10.000 Menschen in Berlin an. Mit unglaublicher Solidarität und beeindruckendem Einsatz hat die Zivilgesellschaft reagiert. Wir danken den zahlreichen Helferinnen und Helfern, den Initiativen und Familien. Wir danken für die Unterstützung und Hilfe, für das Essen, die Sach- und Geldspenden und die überragende Unterstützung der Menschen, Vereine, Initiativen, Kirchengemeinden und Privatmenschen. Wir danken für die Bereitstellung von Unterkünften und die persönliche Unterstützung so vieler Berlinerinnen und Berliner, unter ihnen auch zahlreiche russischstämmige Mitbürgerinnen und Mitbürger. Berlin wird alles in seiner Kraft stehende unternehmen, inklusive der pauschalen Vorfinanzierung der Aufgaben.

In Anbetracht der Größe der Aufgabe, der wachsenden Zahl von Kriegsflüchtlingen und der gesamtpolitischen Einordnung handelt es sich dabei mindestens um eine gesamtstaatliche Aufgabe. Absehbar wird Berlin insbesondere und werden die Kommunen und Länder insgesamt mit dieser Aufgabe überfordert sein. Bund, Länder und Kommunen müssen solidarisch diese gesamtdeutsche Aufgabe annehmen und meistern. Keine rechtlichen Status- oder Zuständigkeitsdebatten, kein Zögern oder Zaudern sind akzeptabel. Wir schulden das zuallererst den Menschen, die unfassbares Leid und Angst durchleben. Wir bereifen die Frage des Umgangs mit den Kriegsflüchtlingen als gleichwichtige politische Frage, wie unsere Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen.

Berlin, 15. März 2022

Saleh Schneider
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Gebel Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wegner Melzer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Helm Schatz Zillich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Die Linke

Czaja Fresdorf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP